

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925**

24.4.1925 (No. 95)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher:  
Nr. 953  
und 954  
Postfach Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
C. A. M. e. n. d.  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monats 2,50 Geldmark ausschließlich Zustelgebühren. — Einzelnummer 10 Geldpfennig, Samstags 15 Geldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Geldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Preise und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagererhebung, zwangsweiser Verbreitung und Konfiskation fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in telephonischer Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Für Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen.

### Wirtschaftliche Umschau

Auf die Gefahren der ungünstigen deutschen Handelsbilanz hat Reichswirtschaftsminister Neuhaus in seiner kürzlich im Reichshaus gehaltenen Rede hingewiesen. Die Steigerung der Passivität der deutschen Handelsbilanz — sie ist seit Anfang 1924 mit rund vier Milliarden passiv — zeigt, daß die Auslandskredite vielfach nicht richtig verwendet worden sind und daß sich Schwierigkeiten ergeben müssen, falls das Ausland aus irgend einem Grunde plötzlich in verstärktem Maße Rückzahlung verlangen sollte. Schwierigkeiten freilich nicht für die Reichsbank, die genügend gerüstet ist, sondern für die einzelnen Betriebe. Damit kündigte der Minister an, daß die Reichsbank bei derartigen Schwierigkeiten nicht eingreifen werde und von einer Sonderhilfe über ihre bisherige Kreditpolitik hinaus absehen müsse. Die deutsche Währung ist durch ungünstige Handelsbilanz unter solchen Voraussetzungen unmittelbar nicht gefährdet, dagegen gar wohl indirekt dadurch, daß kommt es einmal tatsächlich zu großen Schwierigkeiten der deutschen Privatbetriebe, die deutsche Kreditwürdigkeit geringer beurteilt wird und bei neuem deutschen Geldbedarf sich die Folgen zeigen werden. Das Ausland ist bereits mit seinen Krediten zurückhaltender geworden. Infolge des Kapitalmangels werden vielfach Wertpapiere abgestoßen, was auf deren Kurs drückt.

Im übrigen war die programmatische Rede des Ministers recht zurückhaltend, gerade was die besonders aktuellen Punkte anlangt. In bezug auf die Zolltarifnovelle, nach der die deutsche Wirtschaft als Grundlage für die Regelung unserer Außenhandelsbeziehungen immer dringender fragt, hat der Minister schließlich im Laufe der Aussprache darauf hingewiesen, daß deren Vorlegung alsbald erfolgen werde. Er sprach sich für Ratifizierung des deutsch-spanischen Handelsvertrags aus, um inwieweit über ein endgültiges Abkommen erneut in Verhandlungen treten zu können. Etwas darf hier freilich nicht vergessen werden, daß die Grundlage des Vertrags einerseits eine Ermäßigung des deutschen Zolls auf Weine und Früchte, andererseits eine Herabsetzung der spanischen Zölle auf eine Reihe deutscher Produkte und die Aufhebung des spanischen Salutzuschlags war. Spanien ist zollpolitisch sehr wehrhaft und hat vor einigen Jahren Frankreich in einem neunmonatigen Zollkrieg gezwungen, die Einfuhr der spanischen Weine gegen billigen Zoll zu gewähren. Eine Lücke in den Ausführungen des Reichswirtschaftsministers hat Reichsaußenminister Stresemann in einer Rede in Hamburg ausgefüllt, in der er auf die äußerst schwierige Lage der deutschen Produktion hinwies und zeigte, daß unser einziges gegenwärtiges wirtschaftliches Machtinstrument unsere Konsumkraft ist. Die andern, die durch unsere Verarmung nicht reicher geworden sind, haben ihre Einstellung doch erheblich geändert. Handelspolitisch vorwärts kommen werden wir aber nur durch Aufrechterhaltung des Prinzips der Meistbegünstigung, das eine Abschließung des deutschen Marktes durch Hochschutzzollpolitik unmöglich macht.

In der Debatte im Anschluß an die Rede des Reichswirtschaftsministers wurde besonders auf den Kapitalmangel der deutschen Wirtschaft hingewiesen, wobei zum Ausdruck kam, daß wir in weitgehendem Maße zurzeit auf Pump leben und die Wirtschaft nicht nur die Auslandskredite, sondern auch die Inlandskredite nur produktiv anwenden dürfe. Andernfalls werde eine neue Kreditbeschränkung der Reichsbank kommen müssen. Daß wir für Reparationszwecke unbezahlte Arbeit leisten müssen, drückt auch auf das Lohnniveau und schädigt den Inlandskonsum. Die heimische Industrie könne die Kohlenproduktion nicht aufnehmen und die Folge sei eine Absatzstörung bei der Kohle, deren Vorkommen die noch niemals verzeichnete Höhe von 10 Millionen Tonnen erreicht habe. Als Mittel dagegen wurde vor allem Verbilligung der Frachten und Ermäßigung der Steuern und sonstigen Lasten angegeben. Das neuerliche Stöken der amerikanischen Kredite, das zweifellos auch seine politischen Gründe hat, trifft uns in diesem Zusammenhang umso empfindlicher. Wenn andererseits erklärt wird, daß Amerika gar nichts übrig bleibe, als weitere Kredite zu gewähren, um seiner hochentwickelten Industrie Absatz zu schaffen und seine überschüssigen Lebensmittel und Rohstoffe zu verkaufen, so darf eine solche Annahme doch nicht an der Überlegung vorbeigehen, daß es auch hierin eine Grenze geben wird und zunächst den die kreditwürdigsten Länder bevorzugt werden.

Den Amerikanern ist natürlich die Hauptfrage der möglichst günstige Absatz ihrer Artikel.

Die Reichseinnahmen haben im März nach dem Ausweis über die Finanzgebarung des Reichs einen Rückgang von 648 Millionen (im Februar) auf 601 Millionen erfahren, der in erster Linie auf den Minderertrag der Vermögenssteuer (53 Mill. gegen 83 Mill. im Februar) und der Umsatzsteuer (113 Mill. gegen 127 Mill.) zurückzuführen ist. Aber auch Verbrauchssteuern sind zurückgegangen, wie die Tabaksteuer, die 43,5 Mill. gegen 51 Mill. erbrachte, während die Einnahmen aus dem Branntweinmonopol auf 18 Mill. gegen 13,5 Mill. und die Einnahmen aus Zöllen auf 38,3 Mill. gegen 36 Mill. stiegen. Da der Budgetvoranschlag für März 450 Mill. an Einnahmen vorsieht, ist er trotz dieses Rückgangs sehr erheblich überschritten, und ein Überblick über das am 31. März abgeschlossene Rechnungsjahr, das erste seit der Stabilisierung der Währung, zeigt, daß der Ertrag der Steuern um mehr als 2 Milliarden über den Voranschlag hinausgeht. Es ist also zweifellos richtig, daß die Steuerfahndung zu stark angepannt ist.

Eine wichtige Grundlage für die weitere Stabilisierung der Währung ist somit ohne Zweifel vorhanden, auch wenn das Reich infolge der angesammelten sehr erheblichen Reservevermögen sich zu Steuererleichterungen entschließen würde; diese sind freilich nur unter der Voraussetzung möglich, daß nicht sehr erhebliche neue Ausgaben entstehen. Wie weiter oben ausgeführt, ist infolge unserer sehr schlechten Handelsbilanz, die es ausschließt, daß unsere Zahlungsbilanz ein wesentlich anderes Bild bietet — auch der Rückgang des Ertrags der Umsatzsteuer gibt zu denken — der Ernst der Lage jedoch der, daß wir auf weitere Sicht rechnen müssen. Denn früher oder später werden Schwierigkeiten eintreten, steigern sich nicht die deutsche Produktion und ihr Absatz sehr erheblich. Wenn auch die Beschäftigungsziffern nicht mehr ein so ungünstiges Bild bieten, wie im Vorjahr, wenn auch dauernd neue Werte im Inland geschaffen werden, u. a. durch die vielfach starke Bautätigkeit, so dürfen wir uns doch nicht verhehlen, daß Deutschland sich zurzeit in der Lage eines Geschäftsmannes befindet, der mehr für seinen Betrieb und seine Lebenshaltung anlegt, als er einnimmt. Er muß bestrebt sein, über kurz oder lang Überschüsse herauszuwirtschaften, soll er nicht in neue, dann unabwendbar sich einstellende Schwierigkeiten hineingeraten. Es genügt nicht, daß der Verwaltungsapparat augenblicklich finanziell funktioniert, was sich ja nach der Finanzgebarung des Reichs ergibt, die Schaffung der wirtschaftlichen Grundlagen, die sichtlich noch nicht vorhanden sind, bleibt die schwerste Aufgabe.

Der Reichsrat hat vorgestern die Steuer- und Aufwertungsgeetze verabschiedet, die nun an den Reichstag gelangen sind, der bis zum 30. Juni, an welchem Tag die dritte Steuernotverordnung außer Kraft tritt, die Vorlagen erledigen muß. Nach den Reichsratsbeschlüssen sind noch eine Reihe von Änderungen eingetreten.

Beim Einkommensteuergesetz wurde im Ausschuß u. a. ein preussischer Antrag auf Veranlagung zu den Steuersegen des abgelaufenen Rechnungsjahres besprochen, wobei die Reichsregierung erklärte, nach Stabilisierung der Einkommensverhältnisse eine solche nachträgliche Berechnung einführen und vom System der Vorauszahlung abgehen zu wollen. Das Kinderprivileg bei Lohnempfängern (Steuerermäßigung um je 2 Proz.) soll jetzt schon vom 3. (statt 4.) Kind ab gelten. Eine Anzahl badischer Anträge wurden abgelehnt. Sie forderten eine sozialere Ausgestaltung der Einkommensteuer (Erhöhung der Steuern bei größerem Einkommen, Ermäßigung des Lohnsteuerabzuges auf 8 Proz., Erhöhung der Körperschaftsteuern; besondere Besteuerung der in der Kriegs- und Nachkriegszeit vergrößerten Vermögen). Namens der bad. Regierung erklärte daraufhin Ministerialdirektor Kempf, daß durch die Ablehnung der Anträge der große Besitz kaum belastet und die Grundzüge soz. Gerechtigkeit stark verletzt würden. Die bad. Regierung hoffe, daß im Reichstag das hier nicht Erreichte nachgeholt werde. Eine Änderung im Körperschaftsteuergesetz wurde beschlossen, wonach kommunale Versorgungs- und Verkehrsbetriebe von der Körperschaftsteuer befreit sein sollen, ebenso wie Staatsbanken in dem Umfang, in dem sie von der Vermögenssteuer befreit sind. Bei der Vermögenssteuer sollen derartige Betriebe wesentlich weniger herangezogen werden. Bei dem Erbschaftsteuergesetz

wurde die untere Grenze von 5000 auf 10 000 M. erhöht. Nachkommen von Kriegesgefallenen erhalten Erleichterungen. Ermäßigungen treten auch bei den sog. „Verkehrssteuern“, den Börsensteuern ein. Die erhöhte Biersteuer fand gegen die Stimmen einiger Länder Annahme, ebenso die Erhöhungen der Tabaksteuern.

Zur ausgiebigen Aussprache kam es wegen des Finanzausgleichs. Während die Länder forderten, an der Einkommen- und Körperschaftsteuer mit neunzig Prozent und an der Umsatzsteuer mit dreißig Prozent beteiligt zu werden, blieb die Reichsregierung bei ihren Vorschlägen (75 bzw. 20 Proz.), für 1925 bewilligte sie 30 Proz. der Umsatzsteuer. Sie will mit einem besonderen Gegenantrag gegen den Beschluß des Reichsrats an den Reichstag herantreten. Ein Ausschuß des Reichsrats soll die Möglichkeit von Einsparungen durch bessere Scheidung des Aufgabenbereichs von Reich und Ländern und durch Einschränkung der öffentlichen Verwaltung untersuchen.

Wichtige Veränderungen haben die Aufwertungsgeetze in den Ausschüssen des Reichsrats erfahren. Ein Ausschußantrag, gegen den die Reichsregierung sich erklärte, wurde angenommen. Danach soll die komplizierte Zusageaufwertung auf 25 Prozent für bestimmte, erstarrte Hypotheken wegfallen und an ihre Stelle eine einheitliche 20prozentige Aufwertung treten. Die Reichsregierung wird im Reichstag eine Gegenvorlage zu den Beschlüssen des Reichsrats einbringen. Die Rückwirkung bei bereits zurückbezahlten Hypotheken soll sich bis 15. Dezember 1922 erstrecken.

In bezug auf die Anleiheaufwertung kam es trotz des Widerspruchs des Reichsfinanzministers auf Antrag Preußens zu einem Beschluß, wonach alle Altbesitzer von Kriegsanleihen eine Vergünstigung von 2 Prozent des Nominalbetrags erhalten sollen. Die Prämienauslösung bei der Anleiheablösungsschuld ist gestrichen worden, die Tilgung soll durch Auslösung zum Nennwert erfolgen.

### Steuerreform und Aufwertung im Reichrat

Zu den Beratungen des Reichsrates über die Steuerreform ist noch nachzutragen, daß bei den Kapitalverkehrssteuern die Börsenumsatzsteuer für Industrieobligationen bei Kundengeschäften auf 0,1 Prozent und die Devisenumsatzsteuer bei allen Arten von Geschäften auf ein Zehntel vom Tausend gesenkt worden ist. Die Börsenumsatzsteuer für die Übertragung von Anteilen an Gesellschaften mit beschränkter Haftung ist allgemein auf 0,5 Prozent festgesetzt worden. Ferner wurden steuerliche Erleichterungen für den Terminhandel in Aktien aufgenommen. Bei der Wechselsteuer ist die Steuerermäßigung auf die Hälfte für Wechsel vom Inland auf das Ausland (sogenannte Exportwechsel) aufgenommen worden.

Bei der Grunderwerbsteuer hat der Reichsrat einer allgemeinen Herabsetzung von 4 auf 3 Prozent nicht zugestimmt, sich aber für den Fall des Einbringens von Grundstücken in Kapitalgesellschaften mit dem Vorfall der Zuschläge und Ermäßigung der Grunderwerbsteuer auf 3 Prozent einverstanden erklärt. Die Reichsregierung hält eine allgemeine Herabsetzung der Grunderwerbsteuer auf 3 Prozent für geloten und wird eine Gegenvorlage an den Reichstag machen, in dem sie eine Senkung der Steuer vorschlägt.

In dem Gesetz über die Ablösung der öffentlichen Anleihen soll die Ablösung der A-Schätze in der Weise erfolgen, daß für 16,7 Milliarden 1923er A-Schätze 50 Reichsmark Ablösungsschuld und für 50 Milliarden 1924er A-Schätze ebenfalls 50 Reichsmark Ablösungsschuld gewährt werden soll. Bei mündelsicheren Anlagen gilt die Markanleihe in Höhe des doppelten Geldwerts ihres Erwerbspreises als Altbesitzeranleihe. Die Tilgung der Anleiheablösungsschuld erfolgt durch Auslösung im Nennbetrage und nicht durch Auslösung durch Auslösung unter Aufwendung des gleichen Betrages, wie in der Regierungsvorlage vorgesehen ist. Die Vorzugsrechte werden den Altbesitzern aller Markanleihen des Reichs, nicht nur den Altbesitzern von Kriegsanleihen, gewährt. Die Vorzugsrente wird auf andere Unterstellungen öffentlich-rechtlicher Art voll angerechnet. Den bedürftigen Altbesitzern von Markanleihen des Reichs, die insgesamt weniger als 1000 Mark Nennwert besitzen, wird allgemein eine Parafindung von 15 Reichsmark für je 100 Mark gewährt.

Die Reichsregierung erklärte die vorgeschlagenen Änderungen für unannehmbar und verlangte Wiederherstellung der Regierungsvorlage bezüglich der Ablösungsschuld mit Prämien. Ebenso seien die Bestimmungen über die Gewährung der Vorzugsrente nur an bedürftige Altbesitzer von Kriegsanleihen wiederherzustellen. Desgleichen soll der Ablösungsbetrag nur bedürftigen Altbesitzern von Kriegsanleihen gewährt und die Vorzugsrente in Höhe von 150 Reichsmark jährlich nicht auf andere Unterstellungen angerechnet werden.

Der Großhandelsindex. Die auf den Stichtag des 22. April berechnete Großhandelsindexziffer ist gegenüber dem Stande vom 15. April um 0,5 v. D. auf 130,8 zurückgegangen.

## Zur Reichspräsidentenwahl

Professor Dibelius für Marx

Unter stürzender Beteiligung einer begeisterten Bevölkerung fand in Heidelberg eine Marx-Rundgebung des Volksblocks statt. U. a. sprach der bekannte evang. Theologe an der Heidelberger Universität Prof. Dr. Martin Dibelius. Er behandelte, wie die „N. Bad. Landeszeitung“ berichtet, die Frage, warum die verfassungstreuen evangelischen Kreise Deutschlands am Sonntag ihre Stimme für den katholischen Marx abgeben müssen. Die Bedenken, die in den evangelischen Kreisen erhoben wurden, sind religiöser und kulturpolitischer Art. Ich nehme, so erklärte Dibelius, diese Bedenken durchaus ernst und weiß sie zu würdigen. Aber was sollen sie besagen? Würde man diese Bedenken in jenen rechtsgerichteten evangelischen Kreisen auch dann aufrechterhalten haben, wenn der Kandidat zufällig der katholische Wallraf oder auch der katholische Stegerwald wäre? Deutschland ist ein konfessionell gespaltenes Land, und daran löst sich auf absehbare Zeit nichts ändern. Wer also Vaterland sagt und Volksgemeinschaft sagt und will, muß auch mit der anderen Konfession rechnen, sonst geht es nicht, sonst streite ich diesen Leuten das Recht ab, überhaupt die Volksgemeinschaft und das Vaterland für sich in Anspruch zu nehmen. In der Schicksalsgemeinschaft des deutschen Volkes sind wir von den Katholiken, daß sie uns Verständnis entgegenbringen; das selbe müssen aber die Katholiken auch von uns verlangen. Das löst sich auch im Grunde gar nicht abstreiten, denn es ist ja gerade die katholische Bayerische Volkspartei, die für Hindenburgs Aufstellung des Vorschlags gegeben hat. Und wenn der Kandidat Wallraf hätte, so würde man auch in den rechts-evangelischen Kreisen, ohne mit der Wimper zu zucken, diesen Kandidaten wählen.

Also man soll uns schon nicht mit einer rein konfessionellen Verfälschung des Wahlkampfes kommen. Damit rede ich in keiner Weise einer Verwischung der konfessionellen Gegensätze das Wort. Ich würde den Kandidaten Marx nicht wählen, wenn ich nicht auf Grund seiner Tätigkeit als Reichskanzler zu diesem rechtlich denkenden Mann das Vertrauen hätte, daß ihm die Gerechtigkeit über alles geht und daß er nicht den Kosten, der ihm anvertraut wird, mißbrauchen wird zu einer hinterhältigen Verächtlichmachung der ihm fremden Konfessionen. Die kulturpolitischen Gegensätze sind natürlich um so ernster zu nehmen. Ich will gar kein Hehl daraus machen, daß ich durchaus ein Gegner des bayerischen Konfessionsbündnisses bin. Über kein Reichspräsident kann von sich aus das Konfessionsbündnis machen, denn es ist an die Instanz der Gesetzgebungsbehörde gebunden, und es ist, wenn diese Frage einmal aufgeworfen wird, viel wichtiger, wer dann Reichskanzler und Innenminister als der Reichspräsident ist. Ferner aber: Wer hat in Bayern das Konfessionsbündnis ermöglicht? Das ist die Bayerische Volkspartei, die heute Hindenburg wählt. Also man soll nicht sagen dürfen, daß das Problem des Konfessionsbündnisses auf der Seite eines Marx viel ernster sei als auf der Seite Hindenburgs, denn gerade hinter Hindenburg stehen die bayerischen Konfessionspolitiker. Ich als Protestant wähle Marx und kann das verantworten.

Während der Rede von Prof. Dibelius betrat Reichskanzler Dr. Wirth, von der Versammlung, die ihm eine begeisterte Cudigung bereite, begrüßt, den Saal. Er forderte auf, als Staatsbürger und nicht als Unterthan zu wählen, denn in der demokratischen Republik gebe es keine Unterthanen. Wer eine freie deutsche Volksrepublik sozialer Gerechtigkeit, und eine neue große deutsche Zukunft will, der gebe am Sonntag dem Kandidaten des Volksblocks seine Stimme.

### Marx in Stuttgart

Präsidentenwahlkandidat Dr. Marx sprach Donnerstagabend in vier Versammlungen in Groß-Stuttgart. Er führte u. a. aus, daß die Stellung des Reichspräsidenten vornehmlich eine politische sei und daß er sich mit politischen Dingen beschäftigen müsse, daß er nicht nur die Außenpolitik leiten, sondern sich auch um die Innenpolitik kümmern solle. Es sei falsch, zu sagen, es sei richtiger, an die Spitze des Reiches einen Mann zu berufen, der sich bisher überhaupt nicht um die Politik gekümmert hat und der angeblich über den Parteien steht. Sein politisches Programm sei aller Welt klar und das Ausland wisse, was es von ihm zu erwarten habe. Dr. Marx wies zum Schluß entschieden die Vorwürfe der Reaktion zurück, daß irgend eine Partei des Volksblocks durch den Zusammenbruch in ihrer Weltanschauung irgendwie beeinträchtigt sein soll. In einem demokratischen Staat müßten wir uns in politischen Dingen die Hände waschen und alle Kraft einsetzen für das Wohl des deutschen Volkes. Das sei sein Programm, für das er im öffentlichen Leben eintreten werde.

### Papst und Reichspräsidentenwahl

„Osservatore Romano“ wendet sich in einer offiziellen Erklärung gegen gewisse deutsche Blätter, die seine Artikel gegen den Sozialismus und gegen sozialistische Kandidaturen vollständig willkürlich wiedergegeben und abgedruckt hätten. „Osservatore Romano“ fügt hinzu, daß seine Artikel keinerlei Bezug auf die deutsche Präsidentenwahl gehabt hätten und daß der Papst sich niemals weder für noch gegen die

### Theaterpolizei

Für alle, die hinter diesen etwas verdächtig klingenden Worten eine Verhaftung der künstlerischen Leistungen des Theaters durch die Polizeibehörden vermuten, sei beruhigend vorzugesehen, daß es sich lediglich um diejenigen Maßnahmen und polizeilichen Vorschriften handelt, die dazu dienen sollen, die Theater, die Bühnenmitglieder und Besucher gegen Unglücksfälle, vor allem gegen Brandgefahr, nach Möglichkeit zu schützen. Seit der Einführung der elektrischen Beleuchtung sind ja die großen Theaterbrandkatastrophen, die früher bei der offenen Gas- oder Petroleumbeleuchtung sehr zahlreich waren, erfreulicherweise fast zurückgegangen. Immerhin bedingen wiederum der heutige sehr komplizierte technische Betrieb und die viel stärkere künstlerische Inanspruchnahme der Bühne, besonders des technischen Personals, eine erhöhte Berücksichtigung aller nur möglichen Vorsichtsmaßnahmen.

Ähnlich wie auf anderen Polizeigebieten ist auch für die Theaterpolizei der Gesichtspunkt der Prävention in den Vordergrund getreten und damit die Verwendung besonderer technischer Mittel, die eine größere Sicherheit gewährleisten, als sie durch die Überwachung durch besondere Beamte erreicht werden kann. Der berühmte eiserne Vorhang, die technisch jetzt sehr vervollkommenen Feuermelder, die Alarmglocken, Löscharäte usw. sind ja schon bald selbstverständliche Schutzmittel; sie werden ergänzt durch die Regenapparate, automatische Wärmemelder u. a. Eine neuere technische Sicherungseinrichtung sind auch die elektrischen Netze, die statt der offenen Netze schon bei den meisten Bühnen eingeführt sind.

Derartige Sicherheitseinrichtungen in vollkommener technischer Durchführung, für deren Ausgestaltung — auch hinsichtlich der Filmvorführungen — Deutschland wohl führend dasteht, sollen auf der großen Internationalen Polizeiausstellung (Baden) stattfinden, zur Besichtigung geboten werden. Es handelt sich hier um einen Ausstellungszweig, der, wie wir hören, nicht nur das Interesse aller Bühnenfachleute, sondern auch des Auslandes schon in besonderem Maße gefunden hat.

Kandidatur Marx ausgesprochen habe, weil es sich hier um eine rein innerpolitische Frage handle, welcher die Partei vollständig fernbleiben wolle.

### Der Wahlkampf in Berlin

Der Wahlkampf um die Reichspräsidentenschaft hat wohl seinen Höhepunkt erreicht. Nicht weniger als 53 Wahlversammlungen fanden in der Reichshauptstadt am Donnerstagabend in Großberlin statt und zwar: 3 Versammlungen des Volksblocks, 14 weitere der Rechtsparteien, 1 des Volksblocks, 4 demokratische, 16 sozialdemokratische und 15 kommunistische Versammlungen. In einer Versammlung des Volksblocks, in der Jarres sprach, wurde zum Schluß „Sei dir im Siegertranz gefungen.“

## Ein Telegrammwechsel, der nicht vergessen werden darf

Telegramm des Reichskanzlers Prinz Max von Baden an die OHL

Berlin, den 3. Oktober 1918

Vorher ich mich über die Einleitung der von der OHL gewünschten Friedensaktion schlüssig mache, beehre ich mich, Eure Ergeltung um Stellungnahme zu folgenden Fragen zu bitten:

1. Wie lange kann die Armee den Feind noch jenseits der deutschen Grenzen halten?
2. Muß die OHL einen militärischen Zusammenbruch erwarten und bejahendfalls in welcher Zeit? Würde der Zusammenbruch das Ende unserer militärischen Widerstandskraft bedeuten?
3. Ist die militärische Lage so kritisch, daß sofort eine Aktion mit dem Ziel Waffenstillstand und Friede eingeleitet werden muß?
4. Für den Fall, daß die Frage zu 3 bejaht wird, ist die Oberste Heeresleitung sich bewußt, daß die Einleitung einer Friedensaktion unter dem Druck der militärischen Zwangslage zum Verlust deutscher Kolonien und deutschen Gebietes, namentlich Elsaß-Lothringens und rein polnischer Kreise der östlichen Provinzen führen kann?
5. Ist die Oberste Heeresleitung mit der Abwendung des anliegenden Notentwurfs einverstanden?

Die Antwort Hindenburgs an den Reichskanzler Prinz Max von Baden:

8. Oktober 1918

Die Oberste Heeresleitung bleibt auf ihrer am Sonntag, den 28. September d. J. gestellten Forderung der sofortigen Herausgabe des Friedensangebots an unsere Feinde bestehen.

Infolge des Zusammenbruchs der mazedonischen Front, der dadurch notwendig gewordenen Schwächung unserer Westfronten und infolge der Unmöglichkeit, die in den Schlachten der letzten Tage eingetretenen sehr erheblichen Verluste zu ergänzen, besteht nach menschlichem Ermessen keine Aussicht mehr, dem Feinde den Frieden aufzuzwingen.

Der Gegner seinerseits führt ständig neue frische Reserven in die Schlacht.

Noch steht das deutsche Heer festgefügt und wehrt siegreich alle Angriffe ab. Die Lage verschärft sich aber täglich und kann die Oberste Heeresleitung zu schwerwiegenden Entschlüssen zwingen.

Unter diesen Umständen ist es geboten, den Kampf abzubrechen, um dem deutschen Volke und seinen Verbündeten unnötige Opfer zu ersparen. Jeder veräumte Tag kostet Tausenden von Soldaten das Leben.

Dazu schreibt der „Bad. Beobachter“:

Für diejenigen Leser, die mit Verwunderung bemerken, daß der Feldmarschall Hindenburg als Gründe für die Notwendigkeit des sofortigen Kampfabbruchs nur die Übermacht der Feinde und die erheblichen Verluste der Armee anführt, nicht aber revolutionäre Zermürbung der deutschen Armee, sei darauf hingewiesen, daß die Revolution ja erst im November, mehr als einen Monat später ausgebrochen ist. Die Behauptung, daß die deutsche Armee bereits damals, im Oktober 1918 revolutionär unterwirft war und dadurch kampfunfähig gewesen sei, ist erst ein Jahr später öffentlich aufgestellt worden. Hindenburg ist jedenfalls am 3. Oktober 1918 nichts davon bekannt gewesen.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen. Der „Reit Parisien“ kündigt an, daß Staatssekretär Dr. Trendelenburg am nächsten Montag in Paris eintreffen wird, um die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen fortzuführen. Das Blatt glaubt, daß noch einige Wochen nötig sein werden, um den modus vivendi fertigzustellen. Man nehme in französischen Kreisen in Paris nicht an, daß er vor Ende Mai dem Parlament zur Ratifizierung vorgelegt werden könne.

Hohentwiel-Festspiele 1925. Die Schöffelgemeinde auf dem Hohentwiel hat die diesjährigen Sommerfestspiele auf dem Hohentwiel (Juli-August) der Westdeutschen Bühne, Sitz Karlsruhe übertragen. Die Westdeutsche Bühne wird zur Durchführung der großen Aufgaben der Festspiele noch eine Reihe der besten Kräfte erzieher Bühnen, u. a. des Bad. Landestheaters, verpflichten. Die künstlerische Leitung der Festspiele auf dem Twiel wurde dem Spielleiter Friedrich Beug am Bad. Landestheater übertragen. Der für die diesjährigen Festspiele vorliegende Spielplan sieht u. a. Aufführungen von „König Lear“, „Hamlet“, „Was ihr wollt“, „Götter von Verlichtungen“, „Räuber von Heilbrunn“ vor. Neben den Aufführungen auf der herrlichen Freilichtbühne auf dem Hohentwiel werden an der Kreuzgäßchen-Kammerspiele mit Berken von Calderon, Goldoni, Hofen, Strindberg, Shaw, Claudel und Pirandello stattfinden. Dank der erfreulichen kulturellen Initiative aller Kreise der Stadt Eingen werden die Festspiele in diesem Jahre infolgedessen vom schlechten Wetter unabhängig sein, als die Spiele bei schlechtem Wetter auf die große Bühne der neuen am Hübe des Twiel errichteten Festhalle verlegt werden können. So steht zu hoffen, daß auch in diesem Spielommer dem schönen Gedanken der Hohentwiel-Festspiele viele neue Freunde aus Nah und Fern gewonnen werden.

Badisches Landestheater. Wie bereits angezeigt, findet am Sonntag, den 26. ds. Mts., abends 7 Uhr die Erstaufführung von Mozarts zweifaktiger Oper „Hofoper“ statt. Die musikalische Leitung hat Staatskapellmeister Alfred Lorenz; das Werk wird in Szene gesetzt vom Oberregisseur Carl Stang; die Bühnenbilder nach Entwürfen von Direktor Emil Vurland; die Aufsetzung und Zusammenstellung der Kostüme erfolgte nach Angaben von Margarete Schellenberg; die Einstudierung der vor kommenden Tänze besorgte die Ballettmeisterin Wini Laine.

## Politische Neuigkeiten

### Die Gewerkschaften an die Reichsregierung

Die Spitzenorganisationen der freien, der christlichen und der sozialdemokratischen Gewerkschaften haben gemeinsam mit dem Reichsbund der deutschen Mieter ein Schreiben an die Reichsregierung, den Reichstag und die Regierungen der Länder gerichtet, in welchem sie erklären:

1. daß die Ausdehnung des öffentlichen Saushaltes durch härteres Heranziehen des Besitzes und höheren Einkommen herbeigeführt werden müßte;
2. daß aus der Miete, die Mittel zum Wohnungsbau und für die Erhaltung der Wohnungen aufgebracht werden müßten, und zwar unter Schonung zahlungsunfähiger und zahlungsunfähiger Mieter;
3. daß die Grundrente nach dem Befall des weitans geätzten Teiles der Hypothekendarlehen nicht auf Kosten der Mieter weiter gesteigert werden dürfe;
4. daß jede Steigerung der Miete, die irgendwie der Erhöhung der Grundrente dient als weitere einseitige Belastung der deutschen Wirtschaft zugunsten der kleinen und durch die wirtschaftlichen Verhältnisse besonders begünstigten Gruppe der Grund- und Hausbesitzer wirkt und damit die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft behindert;
5. daß eine weitere Mieterregierung zur Zeit für die weitans gedrückte Zahl der Mieter untragbar, außerdem aber bei Bedienung der oben aufgestellten Gesichtspunkte auch wirtschaftlich nicht gerechtfertigt sei.

### Briand und der Garantiepakt

W. A. London, 24. April. Die „Times“ berichtet aus Paris, es bestehe Grund zu der Annahme, daß Briand auf Deutschlands Eintritt in den Völkerbund bestehen wolle, bevor ein Garantiepakt von der Art der deutschen Vorschläge erzwungen werden könnte.

Der französische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ Bertinax, meldet aus Paris, der französische Vorkonzern in London, der gestern in Paris eingetroffen sei, werde heute von Briand empfangen werden, und wie man annehme, mit ihm den Garantiepakt erörtern. Briand neige dazu, das Wirtschaftsprobleme vor dem Garantiepakt zu erörtern.

### Der Hochbericht

W. A. London, 24. April. Einer Information des „Daily Telegraph“ zufolge stellt der zweite Bericht des Versailler Ausschusses über die deutschen Küstungen die Daten zusammen, auf die die Note, die die Alliierten an Deutschland zu senden beabsichtigen, gestützt sein wird. Das Blatt berichtet weiter, daß das Dokument in der endgültigen Form, wie sie von den alliierten Regierungen vereinbart werden wird, mit einer Mantelnote nach Berlin gesandt werde. Im großen und ganzen habe der Bericht keinen alarmierenden oder besonders ernsten Charakter. Auch auf die gegen Deutschland erhobene Beschuldigung der Kontrollkommission, die Unternehmung durch Widerstände erschwert zu haben, gehe der Bericht nicht näher ein. Zwei hervorragende Mitarbeiter Marcksalls noch seien der Ansicht, daß Deutschland für die nächsten 10 Jahre wenigstens keine deutsche militärische Gefahr für Frankreich bedeute. Zu den Aufgaben der europäischen Diplomatie, so schließt das Blatt, gehöre in nächster Zeit die Befestigung der Konfliktgründe zwischen Deutschland und Polen.

### Kurze Nachrichten

Empfang beim stellvertretenden Reichspräsidenten. Der Stellvertreter des Reichspräsidenten Simons und Frau, veranlaßten Donnerstag nachmittag einen Empfang, zu dem Mitglieder der Reichs- und Staatsregierung, des Reichstagspräsidenten, des Reichsrates und Vertreter des politischen, wirtschaftlichen und geistigen Lebens Deutschlands mit ihren Damen geladen waren.

Dr. Müller-Breslau. Donnerstag vormittag verstarb in Berlin der Prof. der techn. Hochschule Charlottenburg, Dr. Müller-Breslau. Der Verstorbenen, der auch Mitglied der Akademie der Wissenschaften war, galt als einer der hervorragenden Brückenbaukonstruktoren der Welt.

Trauerfeier für den früheren Reichspostminister Dr. Hoffe. In Anwesenheit zahlreicher Parlamentarier fand Donnerstag nachmittag im Hause des verstorbenen früheren Reichspostministers Dr. Hoffe in Berlin eine Trauerfeier statt. Von Reichskanzler Luther und dem früheren Reichskanzler Marx sowie von anderen Ministern des Reiches und Preussens waren Beileidsbekundungen eingegangen. Auch die deutschen Beamtenvereinigungen ehrten den Verstorbenen durch Niederlegung von Kränzen. Reichsarbeitsminister Brauns hielt die Gedächtnisrede.

Der Gesundheitszustand Kautskers hat sich — wie aus Berlin gemeldet wird — dementsprechend, daß der Untersuchungsrichter nunmehr dem Antrag der Verteidigung zugestimmt hat, daß die Privatbehandlung Kautskers gestattet werde.

Der Hauptausschuß des Reichslohnrates hat am Mittwoch vorabends die endgültig zu formulierenden Zustimmung beschlossen, daß der vorgelegte Syndikatsvertragsentwurf grundsätzlich gebilligt wird.

Der Schiedspruch im Ruhrlohnstreik. Da beide Parteien den am 22. April für den Ruhrlohnstreik gefällten Schiedspruch abgelehnt haben, hat sich der Reichsarbeitsminister entschieden, ihn für verbindlich zu erklären.

Der neue Londoner amerik. Botschafter Conaghan, der früherer Botschafter in Berlin, trat in Plymouth ein. Er lehnte es „Evening Standard“ zufolge ab, eine Erklärung politischen Inhalts abzugeben und sagte nur, die Meldung, er bringe einen Abdriftungsplan mit, sei unrichtig.

### Verschiedenes

Die Bermudafahrt des Amerikagepfein. W. A. New York, 23. April. Das Luftschiff „Los Angeles“ hat heute vormittag um 9 Uhr die Bermudainsel verlassen und ist in der Richtung auf Lalehport abgefahren.

### Erdbeben in Italien

W. A. Rom, 24. April. Gestern nachmittag 2.30 Uhr wurde hier an verschiedenen Stellen ein starkes Erdbeben verzeichnet, das in den Fabriken allgemeine Panik auslöste, jedoch keinen Schaden anrichtete. In Brescia wurde um 1.45 Uhr ein Erdstoß verzeichnet. In Venedig herrschte um diese Zeit ein starkes Orkan, begleitet von Hagel- und Blitzschlägen.

Mißhandlung durch Schutzpolizisten. Berlin, 24. April. Der Berliner Gewerkschaften des Reichsbanners und der Sohn des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert wurden gestern abend, als sie in der Götterstraße in Berlin Angehörigen rechtsradikaler Organisationen, die „Röder mit Marx!“ riefen, mit dem Gruß „Gott die Republik!“ antworteten, von Schutzpolizisten des 178. Polizeireviere verhaftet und, wie das „Lageblatt“ und die „Germania“ melden, durch Gummimäpfele und Fußtritte schwer mißhandelt. Auf Veranlassung des Berliner Polizeipräsidenten wurden die beiden Festgenommenen nach kurzem Verhör wieder freigelassen.

# Badischer Teil

## Grober Wahlschwindel der Mannheimer „Arbeiterzeitung“

Die Mannheimer „Arbeiterzeitung“ veröffentlicht in ihrer heutigen Ausgabe in großer sensationeller Aufmachung Briefe, die der Minister des Innern und eine von ihm beauftragte Persönlichkeit an den Gauvorsitzenden des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Dr. Kraus-Mannheim, vor der letzten Reichstagswahl zur Beeinflussung der Wahlen geschrieben haben sollen, sowie ein Rundschreiben des Innenministers an die Staatsanwaltschaften, das dem gleichen Zwecke dienen sollte.

Der Minister des Innern ermächtigt uns zu der Erklärung, daß diese von der Arbeiterzeitung veröffentlichten Briefe und das Rundschreiben von Anfang bis zu Ende frei erfunden sind und eine grobe Fälschung darstellen. Briefe oder Rundschreiben dieser oder ähnlicher Art sind weder vom Minister des Innern, noch von einem von ihm Beauftragten jemals geschrieben worden.

Die Fälschungen verfolgen den Zweck, das Reichsbanner, das sich in den Dienst des Volkstums gestellt hat, zu kompromittieren und Verwirrung in die Wähler und vor allem in die Arbeiterklassen der großen Städte einzutragen und sie von der Wahlurne fernzuhalten. Die Fälschung der „Arbeiterzeitung“, sowie Fälschung ist angeordnet; ferner ist die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft übergeben worden.

## 28. Vollversammlung

### der Badischen Landwirtschaftskammer

D. J. Karlsruhe, 28. April

Die 28. Vollversammlung der Badischen Landwirtschaftskammer wurde heute nachmittags 3 Uhr vom Vizepräsidenten Weishaupt - Pflünder mit herzlichem Begrüßungswort an die Abgeordneten und Regierungsbekanntmachungen. Vom Staatspräsidenten sowie von den Ministern des Innern und der Finanzen sind Schreiben eingegangen, worin sie bedauern, wegen anderweitiger dienstlicher Abhaltung den Verhandlungen nicht beizuwohnen zu können, denen sie besten Erfolgs wünschen.

Der Vorsitzende widmete dann dem verstorbenen ersten Präsidenten der Landwirtschaftskammer, Alfred Prinz zu Wernstein-Freudenberg einen ehrenvollen Nachruf, währenddessen sich die Mitglieder von den Seiten erhoben. (Der heutigen Besetzung in Langensell wohnten Präsident Gebhard, Graf Douglas u. Direktor Dr. Müller bei.) — Nach dem man auch der verstorbenen Mitglieder Wies-Konstanz und Anstett-Schneisingen, sowie des wegen hohen Alters von seiner Mitgliedschaft zurückgetretenen, die Landwirtschaft verbienenden Herr. v. Reisingen gedacht hatte, wurde in die Tagesordnung eingetreten.

Landtagsabgeordneter Dr. Mattes berichtete über die Abänderung der Steuererlasse, wobei er sich auf die in München stattgehabte Tagung der Süddeutschen Landwirtschaftskammern bezog. Dort wurde die Herabsetzung der Vorauszahlungen und die Festlegung der Termine auf 15. Mai und 15. November gefordert. Weiter stellte man sich auf den Standpunkt, daß die übertragene Steuerhoheit beim Reich bleiben, die Finanzverwaltung aber völlig auf die Länder übergehen soll. Die im Reichsbewertungsgesetz vorgesehene Reueinschätzung wurde begrüßt, da sie nicht mehr nach dem Verlehrs-, sondern nach dem Ertragswert erfolgt. Da an eine Aufhebung der Reichsvermögenssteuer nicht zu denken ist, so einigte man sich auf einen Antrag auf Herabsetzung des Steuerfußes. Bei der Einkommensteuer soll das Kinderfreibetrag freigegeben, bei der Einkommensteuer die obligatorische Miteinschätzung eingeführt werden. Der Redner behandelte dann auch die anderen Steuerarten vom Standpunkt der Landwirtschaft aus und kam zu dem Schluß, daß die Reform wohl eine Reihe wertvoller Einzelereicherungen bringen dürfte, aber im ganzen keine große Entlastung. Es scheint vielmehr, daß die Industrie stärker entlastet würde als die Landwirtschaft. Da vom Reich nichts zu erwarten sei, liege die Entscheidung darüber, wie der Landwirtschaft durch Steuerermäßigung die Lebensmöglichkeit gesichert werden könne, bei den Ländern und Gemeinden. Es handle sich hierbei vornehmlich um die Frage der Vermögensbesteuerung.

Generaldirektor Schön erläuterte darauf die neuen Bestimmungen der Novelle zum Landwirtschaftskammergesetz, auf Grund deren am Sonntag, den 7. Juni d. J. die Wahlen zur Landwirtschaftskammer stattfinden werden. Sie betreffen die Wahl von Arbeitnehmervertretern, das Zuwahlrecht der Organisationen und die Rechnungsprüfung durch den Rechnungshof.

Abg. Dr. Mattes referierte über die Änderung der Wahlordnung. Die darauf eingehende Kritik lief auf das Verlangen einer gründlichen Reform des Landwirtschaftskammergesetzes vom Jahre 1921 hinaus. Die jüngst vom Landtag beschlossene Novelle hätte praktisch nicht viel zu bedeuten. Von einer Seite wurde betont, daß dem Landwirtschaftlichen Verein das Zuwahlrecht verweigert wird. Ein anderer Redner hielt dafür, daß der Kreis von 12 zugewählten Sachverständigen vollaus genüge.

Ministerialrat Klein legte kurz die Gründe dar, welche die Regierung veranlassen, eine Änderung im Wahlmodus herbeizuführen.

Der Wahlordnung wurde zugestimmt.

Bürgermeister Lehmann-Billingen konnte als Vorsitzender der Prüfungskommission feststellen, daß die Rechnungsprüfung der Landwirtschaftskammer als durchaus in Ordnung und musterhaft zu bezeichnen ist. Draußen laut gewordenen unangenehme Meinungen seien durchaus unbegründet.

Abg. Klüber knüpfte an die Anerkennung für die Kassensammler den Wunsch, daß der Bericht des Herrn Lehmann jedem Mitglied des Landtages zugänglich gemacht wird. Das liege im Interesse des Ansehens der Kammer.

Aus der Mitte des Hauses wurde betont, daß trotz der Staatsaufficht die Prüfungskommission heldhalten werden müsse, damit sei der Vollversammlung jenseits Bericht erstattet.

Die Landwirtschaftskammer beschließt alsdann, die Rechnung für 1923/24 für unbeanstandet zu erklären und der Verwaltung Entlastung zu erteilen.

Präsident Bach-Binlicherhof unterstrich als Berichterstatter die Notwendigkeit der Errichtung eines Instituts für Pflanzenzüchtung in Nassau.

Seit Jahren wird davon gesprochen, daß die deutsche Landwirtschaft unser Volk ernähren könnte. Sie kann es aber nur, wenn diejenigen Landleute eine gründliche Ausbildung erhalten und zum richtigen Zeitpunkt Geld in die Landwirtschaft hineingesteckt wird. Verfolgen wir uns ausreichend

mit dem besten heimischen Saatgut, so werden wir nicht geringe Ersparnisse für den Staat und die Landwirtschaft selbst erzielen, ganz abgesehen von dem eminenten Nutzen für die Volksernährung. — Auch die folgenden Diszussionsredner stellten sich auf den Boden eines baldigen Ausbaues der Saatgutzüchtung in Nassau.

Ministerialrat Klein sagte eine eingehende Prüfung der Frage zu mit dem Hinweis, daß es der Landwirtschaftskammer bei ihrer derzeitigen Umlage schwer sein wird, die finanzielle Last zu tragen. Er hofft aber, daß sich ein Weg finden wird, der den Wünschen der badischen Landwirtschaft entgegenkommt und die Arbeit des rührigen badischen Pflanzengüchtereins lohnt.

Darauf wurde folgender Antrag des Berichterstatters einstimmig angenommen: Die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer bittet die Regierung dringend, für die Errichtung eines Pflanzenzüchtungsinstituts die nötigen Mittel im nächsten Budget zum Staatsvoranschlag der Landwirtschaftskammer zur Verfügung zu stellen. Ebenso einmütig fand der Antrag Annahme, den Rechnungsprüfungsbericht den Landtagsmitgliedern vorzulegen.

Der geschäftsführende Direktor Dr. Müller unterbreitete darauf den Voranschlag für 1925/26, der trotz sparsamer Aufstellung mit einem vorläufig ungedeckten Fehlbetrag von rund 90 000 Mark abschließt.

Durch die eingehende Aussprache zog sich wie ein roter Faden die immer noch bestehende Kapital- und Kreditnot.

Ministerialrat Klein erklärte, daß er heute nicht in der Lage sei, eine Mitteilung über die Höhe des Staatsbeitrages für 1925 zu machen.

Innerhalb der Vollversammlung rechnet man bestimmt mit einem erhöhten Staatszuschuß. Ein lebhaftes Für und Wider entspann sich über die Frage, ob eine Steigerung der Umlage, etwa von 15 auf 16 Pfennig für die ohnehin steuerlich überlastete Landwirtschaft noch tragbar wäre. Aus allen Reden klang die Sorge um die Erhaltung der Existenzfähigkeit der Landwirtschaft. So wurde u. a. über die nachteiligen Folgen des deutsch-spanischen Handelsvertrages für den heimischen Obstbau gellagt.

Bei der Abstimmung wurde ein Antrag des Bürgermeisters Lehmann-Billingen bei 8 Stimmhaltungen angenommen, für die Fortwirtschaft 30 000 Mark einzusetzen, vorbehaltlich der Möglichkeit des Budgetausgleichs. Gegen 8 Stimmen der Bauernvereinsvertreter fand ein weiterer Antrag Lehmann Annahme, die Umlage um 1 Pfennig zu erhöhen.

Die Vollversammlung stimmte alsdann dem Voranschlag im ganzen zu wie auch der Darlehensaufnahme von 500 000 Mark für Zwecke der Betriebsführung, solange die Umlagen nicht eingegangen sind.

Nachträglich genehmigt wurde schließlich die Einrichtung des Schlosses Rauschlott als landwirtschaftliche Haushaltungsschule mit einem Kostenaufwande von 42 000 Mark, nachdem der Präsident Gebhard auf eine günstige Entwicklung dieses Instituts hingewiesen hatte.

Nach 8.30 Uhr abends wurde die bald sechsstündige Sitzung geschlossen. — Freitag vormittags 8 Uhr Fortsetzung der Verhandlungen.

D. J. Karlsruhe, 24. April

Zu Beginn der heutigen Vormittags-Sitzung wurde ein Antrag angenommen, der den Kammervorstand ermächtigt, zur Förderung der Lehr- und Berufstätigkeit Grundstücke bis zum Betrage von 200 000 Mark zu kaufen und zu verkaufen.

Direktor Dr. Müller erstattete alsdann den umfangreichen Tätigkeitsbericht für 1924. Er erinnerte daran, daß die Landwirtschaftskammer mitten im praktischen Leben stehe und somit am ehesten erkenne, was unserer Wirtschaft nütze. Das vergangene Jahr war gekennzeichnet durch die schlechte Ernte. Der Redner würdigte die Bedeutung der Notgebiete. Er verwies auf die Schwierigkeiten der Kreditbeschaffung und das Streben nach Steuererleichterung und kam dann auf die einzelnen Unternehmungen der Landwirtschaftskammer zu sprechen. Die Pflanzenschutzmaßnahmen sind durch die Umstellung auf Goldmarkbasis und Agrarpreise. Immerhin ist es gelungen, 1924 etwa 18 000 neue Verlehrsverträge, meistens auf 10 Jahre laufend, herbeizubringen. Der Redner stellte im weiteren ein großes Mißverhältnis zwischen den Preisen für Produkte auf dem Lande und in der Stadt fest. Die Notwendigkeit einer Ausgleichung sprang in die Augen. — Die Rechtsabteilung wurde weiter ausgebaut, der Wertverteilung von Auf- und Schlachtwert erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt. Mit der Aufnahme von relativen Milchleistungsprüfungen wurde nunmehr auch in Baden begonnen. Es sind bis jetzt 2000 Kühe erfasst. Mehrere der angeschlossenen Verbände lassen bereits pro Kuh eine Leistungsbeurteilung zwischen 400 und 1000 Kilogramm vorausberechnen. Bei der letzten Zählung im Dezember d. J. wurden in Baden 425 300 Schweine gezählt, was gegen Oktober 1923 eine Abnahme von 58 700 Stück bedeutet. Es befinden sich 46 Schweinezuchtstationen im Betrieb. In allen 15 Gauen konnte die Schau abgehalten werden. Auch mit der Schafzucht wurden besonders im Schwarzwald gute Erfolge gemacht, nicht minder mit der Ziegenzucht, die von 94 Genossenschaften im Lande gepflegt wird. Die Zahl der Geflügelzuchtvereine ist auf 130 gestiegen, die der Landwirtschaftskammer angeschlossenen Geflügelzuchtstationen auf 58. Gut entwickelt hat sich der Verlehrsstellen-Einachs. Verkauf wurden 5660 Bräutler, der Eigenbedarf betrug 8890 Stück.

Einem breiten Raum in den Darlegungen des Berichterstatters nahm der allgemeine Pflanzenbau ein. Dieses Tätigkeitsgebiet hat einschließlich der Saatgutzüchtung eine derartige Vergrößerung erfahren, daß es mitunter äußerst schwierig war, die laufenden Geschäfte mit dem zur Verfügung stehenden Personal zu erledigen. Eine besonders erfreuliche Tatsache ist, daß die Bestrebungen der Saatgutzüchtung im eigenen Lande große Fortschritte aufzuweisen haben. Der Referent ging auf die angestellten Verlehrs- und die dabei erzielten recht beachtlichen Ergebnisse näher ein. Wieder in Gang sind die durch den Krieg unterbrochenen Arbeiten zur Verbesserung der Schwarzwaldböden. Man erhofft hierfür staatliche Unterstützung. Die Zahl der Saatgutstellen betrug zum Jahresschluß 66 Güterbetriebe und 5 probeweise aufgenommene Betriebe. Der Referent konnte von einer erfreulichen Entwicklung der Saatgutzüchtung berichten. — Direktor Dr. Müller schloß mit dem Appell an die Vollversammlung, die Kammer in ihrer Arbeit nachdrücklich zu unterstützen und vor der Öffentlichkeit zu vertreten.

Präsident Gebhard dankt allen denen, die im Vorjahr, in den Ausschüssen, in der Vollversammlung und als Beamte der Regierung an der Entwicklung der Kammer mitgewirkt haben.

In der allgemeinen Aussprache verwarf sich Staatsrat Weishaupt-Pflünder gegen den Präsidenten Gebhard in einem persönlichen Schreiben erhobenen Vorwurf, als ob er in seiner Landtagsrede zum Landwirtschaftskammergesetz die Kammer im Ansehen und materiell geschädigt habe. Das sei vielmehr beim Präsidenten Gebhard selbst der Fall, der mit seiner Gruppe im Landtag bei jeder Gelegenheit die Regierung, speziell den Minister des Innern; und die politischen Parteien in schwerster Weise angriffe. Wäre es anders, so würde die Kammer hinsichtlich der Geldbewilligung

überhaupt nicht abgelehnt haben. — Der Redner teilte im Anschluß daran verschiedene Maßnahmen der Kammer.

Präsident Gebhard führte aus, daß die Ausführungen des Vordröners von falschen Voraussetzungen ausgingen. Die Beamtenschaft der Kammer fühle sich durch gewisse Äußerungen in der Rede des Abg. Weishaupt beleidigt. Es geht nicht an, daß der Vizepräsident, auch wenn er Abgeordneter sei, in solcher Weise über einen Beamtenstand urteile. Daß ich persönlich die Landwirtschaftskammer politisiert hätte, muß ich zurückweisen. Wegen die Maßnahmen der Regierung, soweit wir in ihnen eine Hemmung der Landwirtschaft erblickten, mußten wir Stellung nehmen. Von einem selbstherrlichen Verhalten meinerseits im Kammervorstande kann keine Rede sein.

Generaldirektor Schön wandte sich gleichfalls gegen Staatsrat Weishaupt und die Opposition seiner Gruppe. Direktor Dr. Müller bekämpfte die Anschauung des Staatsrats Weishaupt, daß der Beamtenschaft der Landwirtschaftskammer zu groß sei. Staatsrat Weishaupt erklärte, daß er die Beamten der Landwirtschaftskammer keineswegs habe beleidigen wollen.

## Die Landwirtschaftskammerwahlen

Der Vorstand der Landwirtschaftskammer hat beschlossen, die Wahlen für die Landwirtschaftskammer auf Sonntag, den 7. Juni, auszuschreiben. Sie werden dieses Jahr erstmals von der Landwirtschaftskammer selbst durchgeführt, nicht mehr von den Bezirksämtern. Zu Wahlleitern wurden ernannt für die Wahlbezirke Konstanz: Landrat a. D. Geh. Regierungsrat Dr. Belger in Konstanz; Freiburg: Landrat a. D. Geh. Regierungsrat Pfeiffer in Freiburg; Karlsruhe: Geh. Oberregierungsrat Salzer in Karlsruhe; Mannheim: Landrat a. D. Geh. Regierungsrat Steiner in Mannheim. Stellvertreter der Wahlleiter sind: Bürgermeister a. D. Rechtsanwalt Gaudel in Konstanz, Ökonometrat Robert Häder in Freiburg, Oberforstrat Dr. Eichhorn in Karlsruhe, Gärtnermeister Fritz Kocher in Mannheim.

## Rheinanalysierung oder Seitenanal

Aus den Verhandlungen der internationalen Zentralkonmission für Rheinschiffahrt, die seit 15. April in Straßburg stattfanden, wird berichtet, daß der Schweizer Standpunkt, die Rheinregulierung von Basel bis Straßburg dem elässischen Nebenkanalprojekt vorzuziehen, die Oberhand gewonnen habe, trotz stärkster französischer Bemühungen für das Kanalprojekt.

Die Straßburger Handelskammer läßt verlauten, daß sie natürlich in erster Linie für das Kanalprojekt eingetreten sei, berweist aber auf den starken Widerstand der Schweiz und der anderen Uferstaaten gegen den französischen Plan und sagt dann in einer Kundgebung wörtlich:

„Aus diesen Gründen spricht die Handelskammer Straßburg den Wunsch aus, die französische Regierung möge ihren Willen kundgeben, die Erörterungen über das elässische Seitenkanalprojekt auf das wirtschaftliche Gebiet zu beschränken und die geschmälerte Durchführung des Ausbaues der Bafelkräfte des Rheines zu verfolgen. Sie möge ferner darüber wachen, daß der Zugang der großen Schifffahrt zum Straßburger Hafen keine Gefährdung erleide durch die Auswirkungen, welche die mit zu großer Hast auf dem Oberlauf des Rheines ausgeführten Arbeiten mit sich bringen könnten.“

## Verband badischer Gemeinden

Der Verbandsvorstand hielt am 21. April 1925 in Karlsruhe eine Sitzung ab, in der u. a. folgende Beschlüsse gefaßt wurden:

1. Wohnungszwangswirtschaft. Da von einzelnen Bezirken die Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft wenigstens in den kleineren Gemeinden beantragt worden ist, sollen Erhebungen bei sämtlichen Bezirksvereinen gemacht werden, um alsdann zur Frage endgültig Stellung zu nehmen.

2. Kraftwagenverkehr. Neuerdings mehren sich wieder die Klagen über die Staubbelästigung durch Kraftwagen. Die Bezirksvereine sind deshalb darauf hinzuweisen, daß die Höchstgeschwindigkeit in geschlossenen Ortschaften durch ortsbereichspolizeiliche Vorschriften unter 30 Kilometer in der Stunde herabgesetzt werden kann.

3. Aufwertung von Sparkastenguthaben. Da beabsichtigt ist, die bürgerlichen Gemeinden zur Aufwertung der Sparkastenguthaben heranzuziehen, soll bei den Bezirksvereinen Feststellungen darüber gemacht werden, welche Vermögenswerte die Gemeinden selbst während der Inflation verloren haben. Der Vorstand hält eine Aufwertung zu Lasten der bürgerlichen Gemeinden nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit nur dann für möglich, wenn diese mit Darlehen der Sparkassen eigene Werte schaffen, die heute noch vorhanden sind.

4. Aufwertung der Einfaßgelder in das Bürgerrecht und in den Bürgerzügen. Bei der Regierung ist zu beantragen, daß die in Papiermark bezahlten Einfaßgelder aufgewertet werden.

5. Verlegung des Rechnungsjahres auf 1. Januar. Verschiedentlich ist die Verlegung des Rechnungsjahres auf Januar verlangt worden. Bei den Bezirksvereinen sind deshalb Erhebungen zu machen, um dann endgültig zur Frage Stellung zu nehmen.

6. Hauptversammlung. Die Hauptversammlungen des Verbandes badischer Gemeinden und des Vereins badischer Bürgermeister finden am Sonntag, den 7. und Montag, den 8. Juni in Heidelberg statt.

## Schnell-Bremserfahrten auf der Schwarzwaldbahn

Auf den früheren preussischen Bahnen war die Künze-Anorr-Schnellbremse eingeführt, während andere einzelstaatliche Bahnen wieder andere Systeme führten, so die badische Staatsbahn die Westinghouse-Luftdruckbremse. Die Künze-Anorr-Bremse war bisher international nicht anerkannt, ein unerwünschter Zustand angesichts der Bedeutung der Künze-Anorr-Bremse, die immer mehr eingeführt und vor allem auch bei der Ausrüstung der Güterzüge mit einer Schnellbremse verwendet wurde und noch wird. Die Reichsbahngesellschaft wird nun einer größeren Anzahl von Eisenbahntechnikern verschiedener europäischer Staaten die Künze-Anorr-Bremse in der Praxis zur Beurteilung ihrer Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit bei besonderen Versuchsfahrten vorführen. Diese werden Ende April auf der badischen Schwarzwaldbahn mit ihrer Nordrampe durchgeführt, die Steigungsverhältnisse von 1:50 anweist. Als engere Teststrecke der Linie, die für die Versuche in Frage kommt, ist zwischen Triberg und Kaufach ein Stück oberhalb Hornberg und ein weiteres zwischen Hornberg und Gutach für den 29. April vorgesehen. Die Versuchsfahrten sollen in voller Zuggeschwindigkeit von sechzig Stundenkilometern mit einem voll ausgerüsteten Probezug während der Fahrt vorgenommen werden. Insbesondere soll auch die Länge der Bremsstrecke erprobt und gezeitet werden. Die Güter der Reichsbahn werden in einem Salonwagen befördert und erhalten auch Wild- und Buchmaterial der Schwarzwaldbahn.

Das Badische Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 16 enthält eine Bekanntmachung des Finanzministers über die Gewährung einmaliger Beihilfen an badische Landesbeamte.

